

KOMPAKT

Jura dank Espresso
auf Wachstumskurs

NIEDERBUCHSITEN – Der Schweizer Elektroapparatersteller Jura in Niederbuchsiten (SO) hat im vergangenen Jahr den Umsatz um 11,2 Prozent auf 228 Millionen Franken gesteigert. Hauptgrund war der erfolgreiche Absatz von Espresso- und Kaffeeautomaten auf den internationalen Märkten, wie die Firma am Freitag mitteilte. Einmal mehr habe sich die Entwicklung und Vermarktung hochwertiger Kaffeemaschinen mit klarem Design und innovativer Technologie bewährt, bilanziert das Unternehmen. So wurden im vergangenen Jahr 175 000 Kaffeevollautomaten abgesetzt. Wichtigster Absatzmarkt war weiterhin Deutschland, wo sich der Umsatz auf 77,3 Millionen Euro erhöhte (Vorjahr: 76 Millionen Euro). Der deutsche Markt mit einer Sättigung von erst fünf bis sechs Prozent bei den vollautomatischen Espresso- und Kaffeemaschinen habe noch ein enormes Potenzial. In Nürnberg war im vergangenen Herbst der Neubau der Deutschlandzentrale eröffnet worden.

Schokoladen-Umsatz schmilzt

ZÜRICH – Zu viel Hitze und zu wenig Touristen: Die zarteste Versuchung unter den Schweizer Produkten ist im letzten Jahr auf resistente Konsumenten gestossen. Während in der Schweiz die Umsätze schmolzen, stieg aber im Ausland die Lust nach Schweizer Schokolade. Die Schweizer Schokoladeindustrie blicke auf ein schwieriges Jahr 2003 zurück, teilte der Verband Schweizerischer Schokoladefabrikanten Chocosuisse am Freitag mit. Insgesamt sanken die Verkäufe um 1,8 Prozent auf 139 663 Tonnen. Umsatzmässig resultierte ein Rückgang um 2,4 Prozent auf 1,248 Mrd. Franken. Die Exporte wurden aber erhöht und übertrafen mit 51,1 Prozent erstmals die im Inland abgesetzte Menge. Die Hitze des letztjährigen Sommers liess die Lust der Schweizer Konsumenten nach Schokolade förmlich dahinschmelzen. Hinzu kam, dass die Touristen – sonst treue Abnehmer des Schweizer Traditionsproduktes – angesichts der weltweiten Verunsicherung weniger zahlreich ins Land strömten. Dies konnte auch die anziehende Nachfrage gegen Jahresende nicht mehr wettmachen. 600 Gramm weniger Schokolade wurde pro Einwohner verzehrt.

GM ruft 1,8 Millionen
Autos zurück

DETROIT – Der US-Autobauer General Motors ruft 1,8 Millionen Autos der Modelljahre 1998 bis 2001 zurück. Grund sind Anlasserprobleme in Verbindung mit möglichen Bränden in der Lenkungsachse. 1,4 Millionen der von der Rückrufaktion betroffenen Autos seien in den USA verkauft worden, rund 337 000 in Kanada und die restlichen rund 63 000 Fahrzeuge ausserhalb Nordamerikas, teilte der Konzern am Freitag in Detroit mit. Demnach handelt es sich hauptsächlich um Fahrzeuge vom Modell Chevrolet Cavalier oder Pontiac Sunfire. Nach Darstellung des Autokonzerns gab es 80 Zwischenfälle mit Hitzestaus, geschmolzenen Teilen und Feuer im Anlassersystem sowie in der Lenkungsachse. Es habe jedoch keine Verletzten oder Tote gegeben.

Super-Monster-Behörde

An der neuen Finanzmarktaufsicht scheiden sich die Geister

ZÜRICH – An der für 2006 geplanten Finanzmarktaufsicht scheiden sich schon jetzt die Geister. An einer Podiumsdiskussion in Zürich wurde die Aufsicht zwar grundsätzlich befürwortet, die Ängste vor einer «Monsterbehörde» und vor Überregulierung waren aber unüberhörbar.

«Wir wollen eine starke Aufsicht», sagte der Präsident des Schweizerischen Versicherungsverbandes, Albert Lauper, an der Podiumsdiskussion, die anlässlich der Fonds-Messe am Freitag in Zürich stattfand. Einig war er sich in dieser Ansicht mit den Gesprächsteilnehmern Daniel Zuberbühler, Direktor der Eidgenössischen Bankenkommission (EBK), Hans Baumgartner, Leiter der Selbstregulierungsorganisation (SRO), sowie Jost Gross, Thurgauer SP-Nationalrat. Das Reputationsrisiko sei so entscheidend, dass sich die Branche keine schwarzen Schafe mehr leisten könne, begründete Lauper seine Zustimmung zur neuen Superbehörde. Ursprünglich war der Plan einer integrierten Finanzmarktaufsicht (Finma) die Antwort auf die Allfinanzstrategien der Banken und Versicherungen. Diese Konzepte sind zwar inzwischen vielfach gescheitert. Die Bilanzskandale der letzten Jahre haben den Ruf nach einer unabhängigen Aufsicht aber nicht verstummen lassen. Nur was sie alles beaufsichtigen soll, darüber gibt es unterschiedliche Auffassungen. Es stelle sich die Frage, ob neue Institute auch darunter fallen sollen, sagte Zuberbühler. Vorgesehen ist, in einem ersten Schritt die



Die Ängste vor einer «Monsterbehörde» waren an der Diskussion in Zürich nicht zu überhören.

EBK und das Bundesamt für Privatversicherungen (BPV) in der Finanzmarktaufsicht zusammenzufassen. Später sollen dann weitere Institute wie die Kontrollstelle für Geldwäscherei oder die Aufsicht über Revisionsgesellschaften dazukommen. Das schrittweise Vorgehen bei der Bildung der neuen Behörde sei aber vielleicht der «gutschweizerisch» richtige Weg, sagte Jost. Bei einer solchen Superbehörde gebe es aber sicher Reibungsverluste, gestand er ein. «Nicht zur lahmen Ente werden» wollte EBK-Direktor Zuberbühler. Versicherungsvertreter Lauper wollte eine

starke Versicherungsaufsicht innerhalb der Finma. Vorteil sei, dass in der Finma hochdotierte Spezialisten rekrutiert werden könnten. Nicht einig war man sich, ob die unabhängigen Vermögensverwalter ebenfalls unter die Finma fallen sollen. SRO-Leiter Baumgartner betonte die Gefahr einer Überregulierung, zumal die Vermögensverwalter bereits unter das Geldwäschereigesetz fielen. Einen Pfeil schoss er in Richtung Banken: Die Bankiervereinigung habe ein Interesse daran, dass diese Konkurrenz beaufsichtigt werde, warf er ihr vor. Dies sei eine Marktberichtigung zu-

gunsten der Banken, die das Geschäft zurückerobern wollten. «Verständnis» für das Anliegen der Banken zeigte Nationalrat Gross und auch EBK-Direktor Zuberbühler. Andererseits führe gerade diese Forderung zu noch mehr Regulierung, sagte er im Hinblick auf diesbezügliche Befürchtungen der Bankiervereinigung. Ob diese Superbehörde dann wirklich funktionieren werde, sei letztlich von den Sanktionen abhängig, sagte Gross. Aber: dass die Informationspflicht bei Sanktionen bekämpft werde, sei nicht die Art, wie Vertrauen geschaffen werden könne.

Hohe Abfindungen verteidigt

Chef ist bei Wirtschaftsprüfern auf Bedenken gestossen

DÜSSELDORF – Die 15,9-Millionen-Euro-Prämie für den früheren Mannesmann-Chef Klaus Esser ist bei den Wirtschaftsprüfern des Unternehmens bereits früh auf Bedenken gestossen.

Der ehemalige Leiter der Abteilung «Gesellschaftsorgane» des Konzerns, Götz Müller, berichtete am Freitag im Mannesmann-Prozess, die Wirtschaftsprüfer der KPMG hätten in einem Spitzengespräch am 7. März 2000 – also noch vor Auszahlung der Prämie – «generelle Bedenken» erhoben, ob diese Höhe gerechtfertigt sei. Esser selbst habe die Millionenabfindung aber gegenüber den Wirtschaftsprüfern entschieden verteidigt. Nach seiner Auffassung wäre auch eine noch höhere Prämie gerechtfertigt – angesichts der Wertsteigerung der Mannesmann-Aktie, habe der Konzernchef gesagt, erinnerte sich der Zeuge. Ein von Mannesmann beauftragter externer Jurist habe erklärt, dass die Höhe der Abfindung in Deutschland zwar ungewöhnlich, im internationalen Bereich aber üblich sei.

Deutliche Kritik übte der Jurist am Ablauf der Prämienverteilung. Die erste Beschlussfassung des Aufsichtsratspräsidiums, wonach Esser 15,9 Millionen Euro und Aufsichtsratschef Joachim Funk drei Millionen Euro erhalten sollten, sei schon wegen der Mitwirkung von Funk zumindest in den Teilen, die ihn selbst betrafen, nichtig gewesen. «Das sah jeder Jurist im zweiten Semester.» Aber auch



Esser muss sich zusammen mit dem Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann (Bild) wegen des Vorwurfs der «gemeinschaftlichen Untreue in einem besonders schweren Fall» beziehungsweise Beihilfe verantworten.

der Rest sei «unglücklich formuliert» gewesen. Ein widersprüchliches Bild zeichnete Müller von den Reaktionen in der Spitzenetage auf die Niederlage im Kampf mit Vodafone. Emotional betroffen seien vor allem Aufsichtsratschef Funk und die Arbeitnehmervertreter im Kontrollgremium gewesen.

Esser selbst habe von Anfang an wenig Emotionen gezeigt. «Ich habe das bewundert, dass er diese Bedrohung mit sehr grosser Kühle und Logik behandelt hat.» Generell sei die Meinung in der Vorstandsetage gewesen, dass letztlich die Aktionäre entscheiden müssten und

der Vorstand den Willen der Aktionäre als massgeblich ansehen müsse. Der Vorstandschef habe auch bereits am Abend des 3. Februar 2000 den Aufsichtsrat um die Zustimmung zur Übernahme ersucht. Doch sei diese noch nicht erfolgt, da vor allem die Arbeitnehmervertreter noch Bedenken gehabt hätten, weil ihnen gewisse Zusagen von Vodafone über die Zukunft von Mannesmann noch nicht verbindlich genug waren.

Esser muss sich vor dem Düsseldorfer Landgericht zusammen mit dem Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann, dem früheren Mannes-

mann-Aufsichtsratschef Joachim Funk, Ex-IG-Metall-Chef Klaus Zwickel und zwei weiteren Managern wegen des Vorwurfs der «gemeinschaftlichen Untreue in einem besonders schweren Fall» beziehungsweise Beihilfe dazu verantworten.

Sie sollen die 180 Milliarden Euro teure Übernahme von Mannesmann durch den Mobilfunkriesen Vodafone Anfang 2000 benutzt haben, um Managern und Ex-Vorständen des Unternehmens ungerichtete Abfindungen in Höhe von fast 60 Millionen Euro zuzuschicken.

ANZEIGE

PanAlpina Sicav
Alpina V

Preise vom 6. Februar 2003

Kategorie A (thesaurierend)

Ausgabepreis: € 48.96

Rücknahmepreis: € 50.00

Kategorie B (ausschüttend)

Ausgabepreis: € 46.98

Rücknahmepreis: € 48.00

Zahlstelle in Liechtenstein:
Swissfirst Bank (Liechtenstein) AG
Austrasse 61, Postfach, FL-9490 Vaduz